

Europa in der Krise Chaos in der Bundesregierung verschärft Probleme

Liebe Genossinnen und Genossen,

aktuell erleben wir die schwierigste Krise der Europäischen Union und gleichzeitig die schlechteste Bundesregierung in der Geschichte Deutschlands. Inzwischen hat das komplette Durcheinander Einzug ins Bundeskabinett gefunden. So scheint der Streit zwischen den Regierungsparteien zu eskalieren und die FDP ist dabei, sich als handlungsfähige politische Kraft aus der Koalition zu verabschieden. Der anti-europopulistische Kurs bei der Abgeordnetenhaus-Wahl in Berlin hat sie auf einen Tiefpunkt in ihrer Geschichte gebracht.

Auftritt der Regierung schadet Deutschland

Dieses Auftreten schadet dem Ansehen der Bundesrepublik und verschlimmert die Krise. Frank-Walter Steinmeier hat Recht, wenn er sagt: „Deutschland ist nicht irgendein Land. Wir sind die größte Volkswirtschaft Europas. Die Mitglieder der deutschen Regierung tragen deshalb eine besondere Verantwortung. Sie können mit wenigen Sätzen die Finanzmärkte gefährlich ins Rutschen bringen. Wer sich dessen nicht bewusst ist, ist der Verantwortung des Amtes nicht gewachsen und fehl am Platze.“

Die Bundesregierung hat mit ihrem unverantwortlichen Handeln die Krise weiter verschärft. Sie hat mit ihrem Hin und Her nicht nur die Bürgerinnen und Bürger sondern auch die eigenen Abgeordneten verunsichert. Im Ergebnis haben sie es gerade so eben geschafft, eine eigene Mehrheit bei der Abstimmung zum EFSF zu erreichen. Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt! Die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich vorher klar positioniert und aus Verantwortung gegenüber der Europäischen Union und den Menschen in Deutschland zugestimmt.

Bundeshaushalt 2012

Darüber hinaus hat die Koalitionsregierung den Entwurf für den Bundeshaushalt 2012

und die Finanzplanung bis 2015 in den Deutschen Bundestag eingebracht. Leider handelt es sich hierbei um ein Schönwetter-Papier, das den aktuellen Risiken nicht gerecht wird. Dafür wird es aber erheblich zu einer weiteren Spaltung des Arbeitsmarktes beitragen.

SPD ist auf richtigem Weg – Glückwunsch auch an die dänischen Sozis

Die Entwicklung ist besser als vor zwei Jahren noch so mancher es glauben wollte. Die Wahlen in diesem Jahr haben uns neue Regierungsverantwortung gegeben oder uns bestätigt. Mecklenburg-Vorpommern und Berlin geben uns Rückenwind für das kommende Jahr. Auch die Umfragen bewegen sich in die richtige Richtung. Das liegt neben der Schwäche der Regierung an unserem einheitlichen Auftreten, der Vermittlung besserer Perspektiven und ebenso der handelnden Personen. Der anstehende Regierungswechsel in Dänemark hin zu einer sozialdemokratisch geführten Regierung ermutigt ebenso. Gleichwohl bleibt auch noch manches bei uns zu tun. Insbesondere, wenn wir sehen, dass wir gerade bei jungen Wählern Potentiale gewinnen könnten, die sich bislang oder erstmalig bei anderen Parteien finden.

Glückwunsch unseren Landtagskandidaten

Herzlichen Glückwunsch an Susanne Danhier, Marc-André Ehlers, Katrin Fedrowitz, Martin Habersaat, Tobias von Pein und Stefan Weber. Wenn wir uns alle gemeinsam ins Zeug legen, bin ich mir sicher, dass wir zusammen mit Torsten Albig bald wieder Schleswig-Holstein gut regieren werden.

Herzlichst Euer




Franz Thönnnes MdB

IN DIESER AUSGABE

Berlin

- 2 Europäische Finanzkrise
- 4 Bundeshaushalt 2012
- 6 Pakt für Bildung und Entschuldung
- 7 Terroranschläge in Norwegen
- 9 Gemeinsame Erklärung zu Grenzkontrollen
- 10 Umstrittenes Steuerabkommen mit der Schweiz
- 11 Estland - die V.
- 11 Junge Sozialdemokratin macht Praktikum bei Thönnnes

Thönnnes unterwegs

- 12 20. Ostseeparlamentarierkonferenz in Helsinki
- 13 Hartenholm - Bad Segeberg - Norderstedt - Bad Oldesloe - etc.

Wahlkreis / Sonstiges

- 16 Beteiligungsrechte für Kinder stärken
- 16 Terminankündigung
- 16 Kontakt
- 16 Impressum

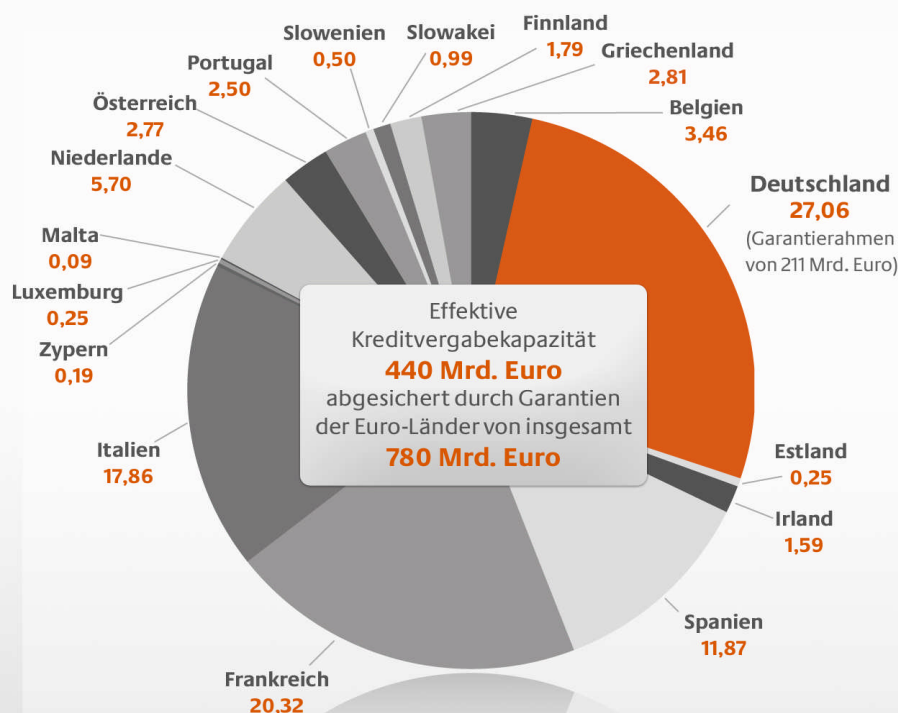
Europäische Finanzkrise

Entscheidung zum EFSF getroffen - Jetzt den ESM ausgestalten

Einige Länder der Europäischen Union befinden sich derzeit in einer sehr schwierigen finanziellen Situation. Portugal und Irland haben offizielle Hilfsanträge für Mittel aus dem Rettungsfonds an die Europäische Union gestellt und Unterstützung aus dem vorläufigen Rettungsschirm (EFSF) erhalten. Auch Griechenland hat bereits Finanzhilfen bekommen und wird weitere in Anspruch nehmen müssen. Es erhält diese in Form bilateraler Kredite durch die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, die durch die Kommission gebündelt und koordiniert sowie durch Mittel des IWF ergänzt werden.

Am 29. September 2011 hat der Deutsche Bundestag Erweiterungen des EFSF beschlossen. Und um langfristig für derartige Situationen vorbereitet zu sein und als Gemeinschaft nach klaren Regeln handeln zu können, haben sich die Länder der Europäischen Union für die Einrichtung eines Europäischen-Stabilitäts-Mechanismus (ESM) entschieden. Hierzu liegt ein erster Vertragsentwurf vor, der aktuell diskutiert und Ende diesen oder Anfang nächsten Jahres im Deutschen Bundestag behandelt wird. Vorgesehen ist die neue Einrichtung für Juni 2013. Die SPD-Bundestagsfraktion hat den Änderungen am EFSF zugestimmt und steht grundsätzlich zur Einrichtung des ESM.

Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) Anteile der Euro-Länder nach Beitragsschlüssel in Prozent*



* Die Beiträge der einzelnen Euro-Mitgliedstaaten zum Rettungsschirm orientieren sich am prozentualen Kapitalanteil an der Europäischen Zentralbank. Dahinter stehen Wirtschaftskraft und Größe eines Euro-Landes.
Abweichung durch Rundungen der Zahlen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Denn ohne die europäische Integration wäre die erfolgreiche und friedliche Nachkriegsgeschichte Deutschlands bestimmt anders verlaufen. Ausdruck hierfür sind nicht zuletzt die erstmalig über 60-jährige Dauer von Frieden auf deutschem Boden sowie der Wohlstand, den Deutschland ohne seine Exporte in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht erreicht hätte. Für die SPD steht daher fest: Wir wollen und brauchen Europa, wohlwissend, dass es durchaus noch Defizite und Unzulänglichkeiten gibt, an denen gearbeitet werden muss.

„Die Rettung des Euro liegt in unserem ureigensten Interesse. Die Rückkehr zu nationalen Währungen ginge mit einer massiven Verteuerung unserer Exporte einher, denn mit der Abwertung der anderen Währungen würde die D-Mark aufgewertet. Wechselkursrisiken führten zu weniger Handel. Aber gut über

40 Prozent unserer Exporte gehen in die Eurozone. Ließen wir diese zerbrechen, würden die deutschen Arbeitnehmer durch Arbeitsplatzabbau die Hauptleidtragenden sein. Der Schaden für unser Land wäre kaum abzuschätzen. Ländern, die zu ihren alten Währungen zurückkehren würden, wäre damit erst recht nicht geholfen. Durch die Abwertung und damit Schwächung ihrer Währung wären sie noch viel weniger in der Lage, ihre Auslandsschulden in Fremdwährung zurück zu zahlen – auch nicht die an Deutschland“. erläutert Franz Thönnnes seine Position.

Die Stabilisierung der Eurozone gibt es nicht zum Nulltarif. Aber ihr Zusammenbruch wäre weitaus kostenintensiver. Sie würde die immense Schwächung der Wirtschaft und der deutschen Banken bis hin zur Betroffenheit ihrer Anleger quer durch alle Bevölkerungsschichten bedeuten. Und hätte sofort negative Auswirkungen auf die wichtigen Kreditbedingungen für Mittelstand und Handwerk. Mit der Rettung der Eurozone stabilisieren wir Wachstum und Beschäftigung.

Finanzakteure an den Kosten der Krise beteiligen

Grundsätzlich gilt aber, dass es für die SPD nicht akzeptabel ist, den Steuerzahler als Generalbürgen für die Folgekosten der Krise haften zu lassen, ohne die Finanzakteure substantiell zu beteiligen. „Deshalb fordern wir weiterhin die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die nichts anderes als eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte ist. Sie kann mit dazu beitragen, dass nicht allein Staatsgarantien bei der Rettung von unterkapitalisierten Banken in Anspruch genommen werden. Außerdem brauchen wir eine ausgewogene Gläubigerbeteiligung, damit Länder wie Griechenland wirtschaftlich nicht durch die Zinsschraube stranguliert werden. Ebenso notwendig sind konkrete Hilfen für neues Wachstum in den betroffenen Ländern in Kombination mit verpflichtenden Schuldenregelungen. Und um zukünftig solche Krisen zu verhindern, bedarf es eine wirkungsvolle Banken- und Finanzmarktregulierung auf europäischer Ebene“, so Thönnnes.

Ziel ist eine demokratische und soziale Wohlstandsunion

Des Weiteren setzt die SPD auf einen sozialen Stabilitäts- und Wachstumspakt in Europa als Antwort auf das konservativ-liberale reine Wettbewerbsmodell. Das Ziel ist eine demokratische und soziale Wohlstandsunion. Dazu gehören u.a. auch europaweite Mindestlöhne sowie eine Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage mit einem Mindestsatz zur Vermeidung von Steuerdumping. Letzten Endes kann es nur eine nachhaltige Lösung der Krise geben, wenn nicht nur Deutschland, sondern auch wachstumsschwächere Euro-Länder neue Impulse wirtschaftlicher Entwicklung setzen können. Das ist eine Aufgabe, die diese Länder selbst angehen müssen, aber Europa darf sie dabei nicht allein lassen.

SPD setzt sich bei Beteiligungsrechten des Parlaments durch

Bei allen auf europäischer Ebene zu treffenden Entscheidungen besteht aber natürlich ein Zielkonflikt zwischen schneller Wirksamkeit der Maßnahmen und notwendiger demokratischer Legitimierung. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest, dass eine engere Abstimmung in der Eurogruppe ökonomisch sinnvoll und wünschenswert ist. Sie darf aber nicht nur auf Ebene der Staats- und Regierungschefs stattfinden.

Die SPD hat sich in den Verhandlungen intensiv für eine starke Stellung des Parlaments eingesetzt und kann mit dem Ergebnis zufrieden sein. Das Plenum bestimmt über jede Aufnahme eines Landes in den Rettungsfonds, über den Rahmenvertrag des EFSF und über die Überführung des befristeten EFSF in den permanenten Mechanismus des ESM. Diese Entscheidungen muss öffentlich verhandelt werden. Dies ist ein großer Gewinn an Transparenz.

Das Gesetz stellt sicher, dass das Plenum, der Haushaltsausschuss oder das sogenannte „9er Gremium“ bei weiteren Maßnahmen zustimmen müssen. Beim "9er Gremium" – neun Abgeordnete, die über vertrauliche und eilbedürftige Maßnahmen entscheiden – hat sich die SPD an einer entscheidenden Stelle durchgesetzt. Das Gremium wird nicht, wie es die Regierungskoalition wollte, vom Haushaltsausschuss ernannt. Alle Mitglieder werden vom ganzen Deutschen Bundestag für die Dauer einer Wahlperiode gewählt. Auch das ist ein Gewinn an demokratischer Legitimation, für den die SPD erfolgreich gestritten hat.

Zustimmung: Ja, aber...

„Sowohl die Abstimmung zum Gesetz über den deutschen Beitrag zum Rettungsschirm des EFSF am 29. September als auch die Ende des Jahres anstehende Entscheidung über den ESM sind mit weitreichenden Folgen verbunden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat gezeigt, dass sie zu ihrer europapolitischen Verantwortung steht. Aber jetzt wird es Zeit, dass die Bundesregierung endlich eine klare Linie verfolgt und auch die Verursacher dieser Krise an den Folgekosten beteiligt“, so Franz Thönnnes.

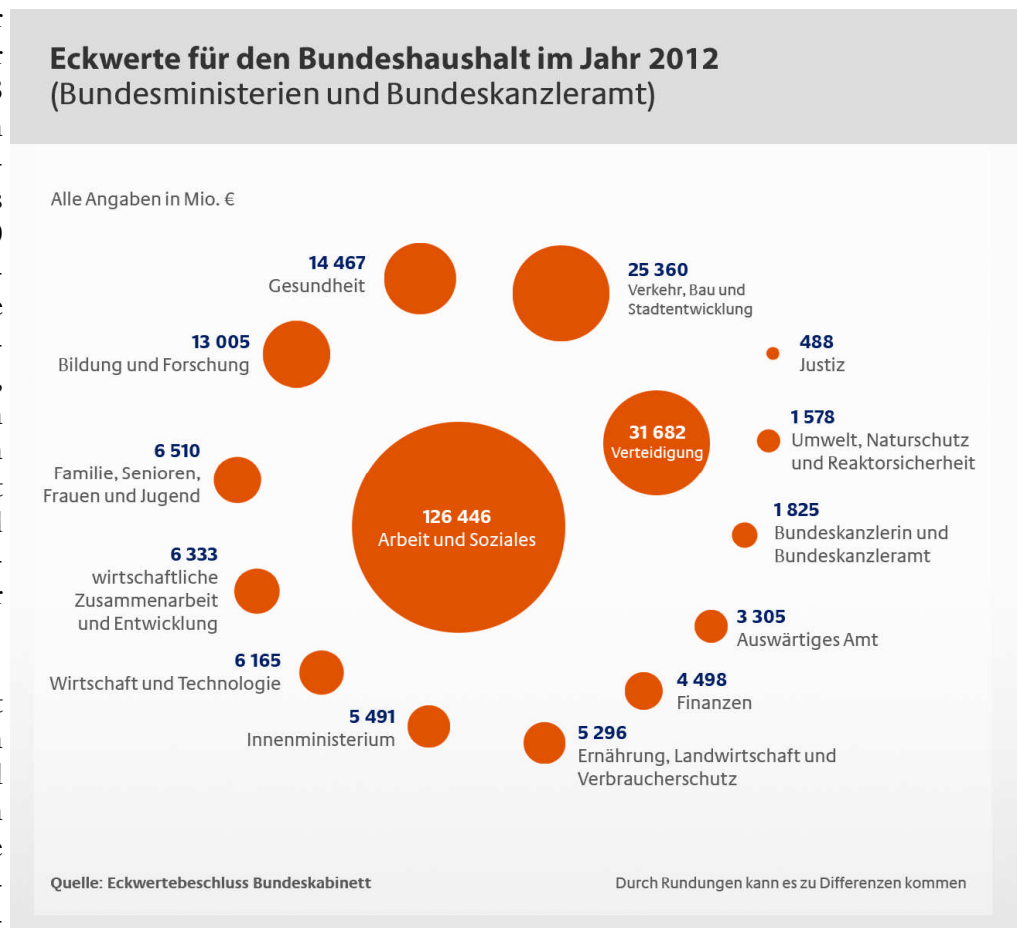
Bundesregierung legt Entwurf für den Bundeshaushalt 2012 vor Schönwetterhaushalt verstärkt soziale Spaltung

Am 6. September 2011 hat der Bundesfinanzminister den Entwurf für den Bundeshaushalt 2012 und die Finanzplanung bis 2015 ins Parlament eingebracht. Aus Sicht der SPD steht fest, dass diese Planung nichts ist, wofür sich die Regierung in besonderer Weise rühmen sollte. Er ist ein typischer Schönwetterhaushalt, der von einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung profitiert.

Diese wurde jedoch teuer erkauft. Während in der Großen Koalition in 2008 nur noch 11,5 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen wurden, waren es 2009 rund 37,3 und 2010 gut 44 Milliarden Euro. Damals wurde auf Grundlage von Vorschlägen der SPD-Bundesminister Steinmeier, Steinbrück und Scholz ein Bündel von Maßnahmen finanziert, die dafür gesorgt haben, dass Deutschland besser aus der Krise gekommen ist als viele seiner Nachbarländer.

Doch die Regierung ergreift die sich daraus ergebenden Chancen nicht. Obwohl gegenüber den Annahmen des letzten Finanzplans eine deutlich verbesserte konjunkturelle Lage festzustellen ist, die zu 14,5 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen und 5 Milliarden Euro weniger Ausgaben für den Arbeitsmarkt geführt hat,

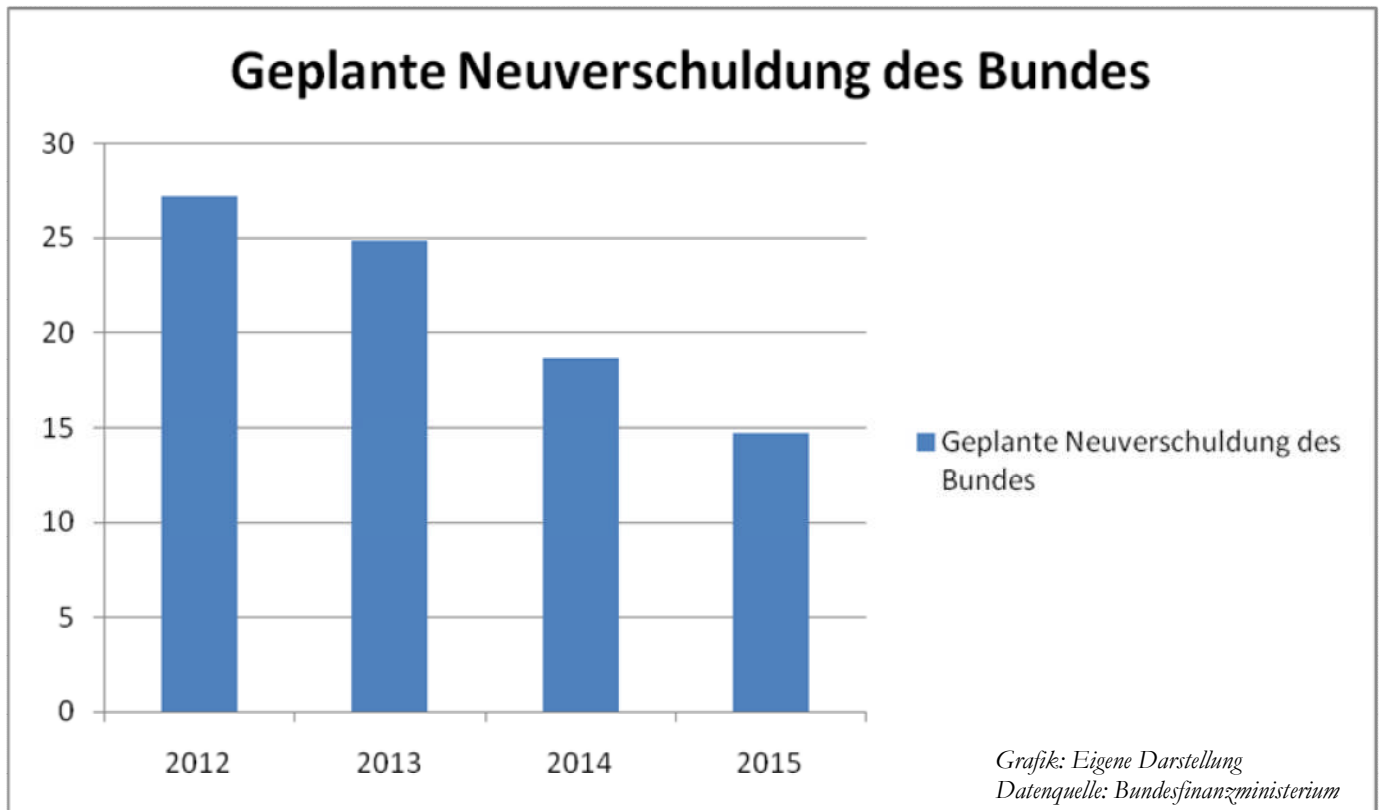
senkt sie die Neuverschuldung nicht um 20 sondern nur um 13 Milliarden Euro. Sie bildet keinerlei Rücklagen für mögliche weitere Krisenfolgen, obwohl Deutschland 2008 nur so konsequent handeln konnte, weil es einen ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt gab und die Bundesagentur für Arbeit genug Reserven hatte, um z.B. das Kurzarbeitergeld zu finanzieren.



Weltwirtschaftliche Risiken nicht berücksichtigt

So sehr auch die SPD-Bundestagsfraktion die Hoffnung hat, dass sich das Steueraufkommen und die Arbeitsmarktentwicklung in den nächsten Jahren weiter positiv entwickeln, dürfen die existierenden Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und in der Welt, die ganz offensichtlich da sind, nicht ausgeblendet werden. Die Bundesregierung tut jedenfalls bei ihrer Finanzplanung so, als gäbe es diese Risiken gar nicht, und unterstellt damit, dass Deutschland sechs Jahre lang ununterbrochen ein starkes und stetiges Wachstum haben würde. Das widerspricht jeder Erfahrung. Und dafür sind die Risiken zu groß.

Abgesehen von dem fehlenden Ehrgeiz, die Staatsverschuldung schnellstmöglich zurückzuführen und Rücklagen zu bilden, schreiben die Regierungskoalitionen die soziale Schieflage ihrer Politik mit dem Haushalts-



entwurf fort und vergrößern die Probleme und Defizite auf dem Arbeitsmarkt, die auch im aktuellen Aufschwung nicht verschwunden sind.

Spaltung des Arbeitsmarktes zurücknehmen

Für den sozialen Ausgleich in Deutschland wäre es besser, wenn die Bundesregierung wenigstens einige der Sozialkürzungen rückgängig machen würden, die sie gegen den Willen der SPD-Bundestagsfraktion durchgesetzt hat. Denn der von Schwarz-Gelb vorgesehene Kahlschlag bei den Arbeitsmarktmitteln, der schon in diesem Jahr spürbar ist, vergrößert auch in prosperierenden und nicht nur in strukturschwachen Regionen die Spaltung des Arbeitsmarktes.

Damit wird dafür gesorgt, dass die angesichts des Fachkräftemangels notwendigen Qualifizierungen nicht stattfinden können. Viele junge Menschen erhalten so in ihrem Leben nicht die Chancen, die sie mit entsprechender Förderung bekommen würden. Was im Bereich der beruflichen Weiterbildung und Qualifikation gekürzt wird, fehlt, um diejenigen in Beschäftigung zu integrieren, die auf dem gespaltenen Arbeitsmarkt sonst keine Chance haben.

Steuersenkungen nicht finanzierbar - Spitzenverdiener stärker heranziehen

Leider verzichtet die Regierung darauf, Spitzenverdiener und Vermögende stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen. Stattdessen debattiert sie immer noch über weitere Steuersenkungen und will hierüber angeblich noch in diesem Herbst entscheiden.

Die SPD wird diesen Weg nicht mitgehen und in den anstehenden Haushaltsberatungen ihre Vorschläge für mögliche Einsparungen, Mittelumschichtungen und auch für neue Einnahmen konsequent vertreten. Unser Ziel ist der Abbau der Neuverschuldung und die Stärkung der Bildung. Grundlage der Vorschläge ist das am 5. September 2011 vom Parteivorstand beschlossene Finanzkonzept für die Jahre bis 2016. Mehr dazu auf Seite 6.

Die Schlussabstimmung über den Bundeshaushalt 2012 erfolgt am 25. November 2011.

Pakt für Bildung und Entschuldung Beschluss des SPD-Parteivorstandes

Der SPD-Parteivorstand hat am 5. September 2011 das, gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitete, finanzpolitische Konzept „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung - Wir denken an morgen!“ beschlossen. Hiermit grenzt sich die SPD deutlich von der Finanzpolitik der Bundesregierung ab und zeigt, dass sich die Konsolidierung des Haushaltes und Zukunftsinvestitionen miteinander vereinbaren lassen.

Dabei setzen wir klare Prioritäten:

1. Schuldenabbau,
2. Bildungsinvestitionen,
3. Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden,
4. Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass trotz derzeitig guter Konjunktur die Neuverschuldung des Bundes in diesem Jahr immer noch knapp 30 Milliarden Euro beträgt. Die Erfahrungen aus der europäischen Schuldenkrise zeigen, dass auch in Deutschland die öffentlichen Haushalte so schnell wie möglich konsolidiert werden müssen.



Hierzu muss ebenso von den Vermögenden, die von der Krisenbewältigung enorm profitiert haben, ein Beitrag eingefordert werden. Deswegen schlägt die SPD vor, dass die oberen 4 Prozent der einkommensteuerepflichtigen Haushalte in Deutschland einem höheren Steuersatz unterliegen. Konkret bedeutet dies, dass der Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro Verdienst für Alleinverdiener auf 49 Prozent angehoben, die Vermögenssteuer wieder eingeführt und die Erbschaftssteuer reformiert werden sollen.

Kombiniert mit der Rücknahme des „Hoteliergesetz“, der Anhebung der Brennelementesteuer, dem Abbau unsozialer oder ökonomisch unsinniger Subventionen – etwa Vergünstigungen für große Dienstwagen – und den Mehreinnahmen aus wirtschaftlichem Wachstum, angekurbelt durch einen Mindestlohn von 8,50 Euro, sowie weiteren Maßnahmen, könnten

zusätzliche Milliarden erzielt werden um in den Abbau der Neuverschuldung und gleichzeitig in die Zukunft des Landes zu investieren.

Insgesamt bedeutet das Finanz- und Steuerkonzept der SPD (bei zurückhaltender Schätzung der Mehreinnahmen aufgrund des Wirtschaftswachstums) Mehreinnahmen von ca. 37 Milliarden Euro. Davon entfallen ca. 17 Milliarden auf den Bund und 20 Milliarden auf die Länder und Gemeinden.

Demgegenüber stehen Mehrausgaben des Bundes für Bildung, Kommunen und soziale Sicherheit in Höhe von ebenfalls ca. 17 Mrd. Euro pro Jahr (ab 2016). Und die Kommunen erhalten nochmals 4 Mrd. Euro/Jahr zusätzlich zur Übernahme der Grundsicherung durch den Bund.

Mehr dazu unter: www.spd.de

Terroranschlag in Norwegen Stoltenberg entgegnet mit „mehr Demokratie und mehr Offenheit“

Am 22. Juli 2011 wurde Norwegen durch die grausamen Anschläge in Oslo und auf Utøya erschüttert. Zeitnah hat Franz Thönnnes, SPD-MdB und Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe, dem norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg und dem Parlamentspräsidenten Dag Terje Andersen, die Anteilnahme ausgesprochen. Das Mitgefühl sei bei den Verletzten, den Opfern und deren Familien.

Der SPD-Politiker zeigte sich tief betroffen und machte deutlich, dass Norwegen in dieser schweren Zeit nicht alleine sei. „Die Anschläge galten der Demokratie und der Zukunft Norwegens sowie den demokratischen Idealen der jungen Menschen, die sich auf Utøya getroffen haben. Dies sind auch die Ideale deutscher Sozialdemokraten, deren Geschichte nie frei von Rückschlägen war. Deshalb gilt es zusammen weiter für diese zu streiten“, so Thönnnes.

Gemeinsame Erklärung

Zusammen mit Wolfgang Biermann, Vorsitzender des SPD-Freundeskreises Norwegen; außen- und sicherheitspolitischer Berater von Egon Bahr für das European Leaders Network (ELN) veröffentlichte Thönnnes vor dem Hintergrund der Anschläge am Antikriegstag am 1. September 2011 folgende gemeinsame Erklärung:



Auch Franz Thönnnes gedachte bei seinem Oslo-Aufenthalt im September mit Blumen an der Dom-Kirche der Opfer der Anschläge vom Juli

Am Anti-Kriegstag, dem 01. September 2011, denken viele deutsche Sozialdemokraten an den Beginn des 2. Weltkrieges vor fast 72 Jahren mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen. Während des Kalten Krieges kamen immer wieder die Sorgen vor Konfrontationen auf, die in einer neuen gewaltigen Auseinandersetzung unter Staaten münden könnten.

Es ist fast 40 Jahre her, dass Willy Brandt für seine Entspannungs- und Aussöhnungspolitik am 20. Oktober 1971 in Oslo – in weiser Voraussicht des Auswahlkomitees – den Friedensnobelpreis erhielt. Denn Willy Brandts Politik und dem unerschütterlichen Engagement freiheitsliebender Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland und Osteuropa haben wir es zu verdanken, dass bereits nach zwei Jahrzehnten konsequenter Ostpolitik die Mauer fallen und sich Europa friedlich vereinigen konnte. Norwegische und deutsche Sozialdemokraten haben dabei stets eng zusammengearbeitet und die Prinzipien dieser Politik des friedlichen Ausgleichs nach außen, aber auch nach innen verfolgt.

Uns als deutsche Sozialdemokraten hat die norwegische Demokratie beeindruckt, weil sie seit Jahrzehnten von gesellschaftlichen Reformen geprägt war und ist, die die politische Idee des friedlichen Miteinanders unterschiedlicher Kulturen, für Integration, gegen Gewalt und Ausgrenzung förderte. Genau dagegen – sowie gegen die demokratische Zukunft Norwegens, die Sozialdemokratie und den Islam, – war der vom kriegerischen Hass erfüllte Terroranschlag gegen die sozialdemokratisch geführte Regierung und der Massenmord an sozialdemokratischen Jugendlichen gerichtet. Was niemand für möglich hielt, kostete 77 Menschen das Leben.

Viele unserer Freunde in Norwegen empfinden immer noch tiefe Trauer für Freunde oder deren Kinder, die am 22. Juli 2011 ermordet wurden. Die breite Anteilnahme aus der ganzen Welt hat sie fühlen lassen, dass sie dabei nicht allein waren.

Und erneut hat uns Norwegen beeindruckt: Nach dem Tag der Anschläge in Oslo und auf Utøya war „mehr Offenheit, mehr Demokratie“ die Folgerung, wie es Ministerpräsident Jens Stoltenberg formulierte. Das erinnert an die erste Regierungserklärung des aus Norwegen nach dem Faschismus heimgekehrten Bundeskanzlers Willy Brandt im Herbst 1969 mit seiner Forderung: „Mehr Demokratie wagen“.

Während in Deutschland als Reaktion auf den Terroranschlag gleich wieder über eine Verschärfung der Gesetze diskutiert wurde, beantworteten König, politische Führung und Bevölkerung den erklärten Krieg gegen die soziale Demokratie mit der einfachen Demonstration von Zusammenhalt und Liebe. Sie folgten dem spontanen Satz der 18jährigen Helle Gannestads von der AUF: "Når en mann kan forårsake så mye ondt – tenk hvor mye kjærlighet vi kan skape sammen?" (Wenn ein Mann so viele Schmerzen zufügen kann, stell Dir vor, wie viel Liebe wir gemeinsam schaffen können?).

Ihr Satz drückte aus, was die ganze norwegische Gesellschaft, voran Premierminister Jens Stoltenberg und Kronprinz Haakon, vereinte: „Jetzt erst recht“ stehen Christen, Muslime, alle Glaubensrichtungen zusammen in konsequenter Solidarität miteinander – gegen Rassismus und Hass, für mehr Demokratie und Toleranz, für mehr Integration und Offenheit. Auf allen Plätzen, in Kirchen und Moscheen, mit Blumen und Liedern wiederholten die Menschen diese Botschaften.

Wir sind beeindruckt von der nationalen Gedenkveranstaltung am 21. August 2011, an der die Angehörigen der Ermordeten, König Harald, die politischen Spitzen des ganzen Landes, der Bischof und die Führer der Muslime, Juden, und der anderen religiösen Glaubensgemeinschaften teilnahmen. Als deutsche Sozialdemokraten fühlen wir uns ermutigt von König Haralds Worten: „Die Tragödie hat uns an die Grundlagen erinnert, die uns alle verbindet in unserer multikulturellen und vielfältigen Gesellschaft. Wir kümmern uns um diese Anerkennung und wir kümmern uns um einander. Lassen Sie uns als Einzelpersonen in aller Klarheit ausdrücken, wofür wir stehen, und lasst uns unsere Chancen nutzen, die Gesellschaft, in der wir leben, in einer positiven Weise zu beeinflussen“.

Hochachtung und Unterstützung für Norwegen

Wir nehmen den Anti-Kriegstag am 1. September 2011 zum Anlass, unsere Hochachtung und Unterstützung für die Menschen im befreundeten Nachbarland Norwegen auszudrücken. Norwegen hat für Europa mit seiner Reaktion ein Vorbild gesetzt: In der politischen Kultur der europäischen Demokratien darf es nicht mehr akzeptabel sein, mit gedankenlosen oder aggressiven Sprüchen über die jeweils „anderen“ und mit Fremdenfeindlichkeit den Resonanzboden für Rassismus und Konfrontation zum Schwingen zu bringen.

Die Erschütterung durch die schreckliche Tat und ihre noch unabsehbaren Folgen für die Menschen muss und wird der Einsicht weichen, dass wir gemeinsam in der Pflicht stehen für die demokratischen Ideale der jungen Menschen, die sich auf Utøya getroffen haben. Auch deshalb bitten wir um Spenden für den Wiederaufbau und Ausbau des Freizeit- und Fortbildungszentrums für die Jugend der norwegischen Arbeiterpartei AUF.

Uns verbindet in Deutschland und Norwegen die Aufgabe, wirksamer und schneller Maßnahmen und Reformen durchzusetzen, um Schwächen und Defizite in unserer Gesellschaft zu korrigieren und solchen Verbrechen in Zukunft vorzubeugen. Wir sind fest davon überzeugt, dass die volle Teilhabe an Bildung mit dem Ziel eigenständiger und gemeinschaftsoffener junger Menschen genauso dazu gehört, wie die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Miteinander.

Wir wollen unsere Unterstützung für die norwegische Sozialdemokratie bekräftigen und sie ermutigen, ihren Kurs fortzusetzen: Für mehr Dialog zwischen Staat, Gesellschaft und Minderheiten im Land – für mehr Integration, mehr Toleranz, mehr Bildung, Teilhabe und sozialen Ausgleich.

*Spendenkonto: Deutsch-Norwegische Freundschaftsgesellschaft e.V., Kto.-Nr. 8274901,
Sozialbank BLZ 37020500, „Aufbau Utøya“*

Grenzkontrollen-Spuk ist vorbei Gemeinsame Erklärung von Benny Engelbrecht und Franz Thönnnes

Nach der Abwahl der Rasmussen-Regierung in Dänemark wird es in unserem Nachbarland wohl nun erstmalig eine sozialdemokratische Ministerpräsidentin geben. Franz Thönnnes hat deren Vorsitzenden Helle Thorning-Schmidt zum Wahlerfolg gratuliert und dabei gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die Pläne der alten Regierung, neue Grenzkontrollen zwischen Dänemark und Deutschland einzuführen, nun vom Tisch sind. Zusammen mit dem sozialdemokratischen Mitglied des Folketing, Benny Engelbrecht aus Sonderborg, hatte Franz Thönnnes in grenzüberschreitender Kooperation noch kurz vor der Wahl in Dänemark folgende gemeinsame Erklärung verfasst:

„Im Jahr 1955 wurden die Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom dänischen Ministerpräsidenten H. C. Hansen (S) und dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) in dem Geiste vereinbart, dass das dänische und das deutsche Volk zukünftig friedlich miteinander zusammenleben und ihre Zusammenarbeit ausbauen sollten.



Benny Engelbrecht und Franz Thönnnes

In diesem Sinne setzten sich die Angehörigen der dänischen und deutschen Minderheit für Freiheit und soziale Sicherheit in einem friedlichen Europa ein. Werte, die besonders in den skandinavischen Ländern einen hohen Stellenwert haben. Es hat sich eine dichte kulturelle Zusammenarbeit entwickelt, die zu einer einzigartigen gemeinsamen Entwicklung in der Grenzregion geführt hat. Sie hat in den letzten Jahrzehnten davon profitiert. Es hat zu einer überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Entwicklung für die Menschen und für die Betriebe geführt.

Für die zukünftigen Herausforderungen ist die Vereinbarung über Grenzkontrollen ein verkehrtes Signal. Wir richten unsere Kritik gegen die dänische Regierung und ihre Unterstützer, die Dänische Volkspartei, da sie den Einfluss Dänemarks auf eine Zusammenarbeit, die nach vorn blickt, begrenzt. Die Vereinbarung über die Grenzkontrolle widerspricht auch dem Geist des Abkommens von Schengen, das auf Zusammenarbeit und auf sozialökonomischen Ausgleich in Hinblick auf die Erweiterung des Arbeitsmarkts ausgerichtet ist. Die sehr knappe Mehrheit, die diese Vereinbarung getroffen hat, offenbart das Peinliche an dem Symbolwert dieses Beschlusses, führt aber auch zu einer vollständig unnötigen schlechten Stimmung zwischen Dänemark und den übrigen europäischen Ländern – und dies, obwohl alle sich darüber im Klaren sein müssten, dass Dänemark wichtig ist für Europa und Europa wichtig ist für ein gut funktionierendes Dänemark.

Vielleicht haben sich einige Dänen über die massive Kritik von der deutschen Seite gewundert. Von Seiten der Parteien Venstre und Konservative wurde behauptet, es handele sich ja nur um ein paar Zöllner mehr.

Die Grenzkontrolle führte in Deutschland zu heftigen emotionalen Diskussionen, insbesondere, weil man dies als einen Angriff auf die hervorragende grenzüberschreitende Zusammenarbeit empfand, auf die man zu Recht stolz ist. Die deutsche Kritik überraschte besonders die Dänische Volkspartei, die 10 Jahre lang die Hintermänner der Symbolpolitik der Grenzbarrieren waren. Für uns Sozialdemokraten war die Kritik in keiner Weise überraschend. Wir verstehen den Wert der engagierten Zusammenarbeit und der partnerschaftlichen Offenheit. Beides zusammen kennzeichnet den Weg zu einer guten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa. Deshalb sind wir gegen eine Grenzkontrolle, die die Entwicklung unserer guten Kooperation und unser gutnachbarschaftliches Verhältnis begrenzt.

In der jetzigen Krise hat Deutschland viel bessere Bewältigungsstrategien als Dänemark entwickelt. Das ist zurück zu führen auf die Verlängerung des Arbeitslosengeldes, bessere Ausbildungsmöglichkeiten und einen besseren Zugang zum Praktikum, ganz anders als in Dänemark und insbesondere Sønderjylland/Nordschleswig, das besonders hart von der Finanzkrise betroffen ist und jeden Tag Arbeitsplätze verliert. Die dänische Regierung hat nur zugesehen – außerstande, Jobs oder Praktikantenplätze für die Region oder Dänemark zu schaffen. Die Errichtung von Grenzbarrieren auf dänischer Seite ist eine symbolische Handlung, und die Bevölkerung vor Ort, hier in Sønderjylland/Nordschleswig, muss jetzt die Zeche dafür mit weniger Arbeitsplätzen bezahlen. Statt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu entwickeln, wird sie unterminiert!

Umstrittenes Steuerabkommen mit der Schweiz

SPD-Bundestagsfraktion kritisiert Verhandlungen des Bundesfinanzministers



Bildquelle: tokamumi / pixelio.de

Der Bundesfinanzminister hat am 21. September 2011 ein Steuerabkommen mit der Schweiz unterzeichnet. Damit soll deutsches Vermögen bei Schweizer Banken pauschal nachbesteuert werden, und zwar mit einem Satz zwischen 19 und 34 Prozent. Ab 2013 soll dann über eine Abgeltungsteuer der Steuersatz auf rund 26 Prozent festgelegt werden. Auf den Ankauf von Daten-CDs mit deutschen Steuerbetrügnern soll verzichtet werden. Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt dieses Abkommen ab.

„Die Bundesregierung lässt Steuerflüchtige mit einem billigen Ablassbetrag davonkommen. Das zeigt, dass sie Steuerbetrug eher als Ordnungswidrigkeit den als Verbrechen ansehen“, so SPD-MdB Thönnnes. So nachvollziehbar es auch sei, dass der Bundesfinanzminister einige Milliarden Euro Extra für seinen Haushalt generieren wolle, könne

es nicht sein, dass Leute, die jahrzehntlang das deutsche Gemeinwesen betrogen hätten, in der Anonymität verbleiben könnten und davonkommen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es unververtretbar, dass die Steuergerechtigkeit unter die Räder kommt und sich Kriminelle auf diese Weise freikaufen können und nicht mehr belangt werden. „Bei diesem Abkommen wundert es nicht, dass der Schweizer Finanzplatz den Schutz der Interessen seiner Bankkunden feiert. Jetzt gilt es dieses Papier im Bundesrat zu stoppen“, so der SPD-Politiker abschließend.

Estland - die V.



*Liina Grünberg, Veronika Svists und Franz Thönnnes
auf dem Stipendiatenabend*

Bereits im letzten Thönnnes-Info-Brief gab es einen Bericht über den Besuch der Stipendiatin Veronika Svists im Wahlkreis des Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes. Am 29. Juli 2011 endete ihr Programm im Rahmen des Internationalen Parlamentsstipendiums und die junge Estin ist zurück in ihre Heimat gereist, um dort ihren Masterabschluss zu machen.

Seit Mitte März begleitete sie die tägliche Büroarbeit im Abgeordnetenbüro sowie den Parlamentarier bei Sitzungen der Ausschüsse, Fraktionen und anderer Gremien. Durch dieses interessante Programm gewann Veronika Svists vielfältige Einblicke in die Funktionsweisen, Zusammenhänge und Verfahrensabläufe des Parlaments und arbeitete an einem Projekt zur Grenzpendlersituation im Ostseeraum mit. „Für die weitere Zukunft wün-

sche ich Veronika alles Gute, danke ihr für ihre engagierte Mitarbeit und würde mich freuen, wenn der entstandene Kontakt weiterbestehen bleibt“, so Franz Thönnnes. „Es war eine tolle Zeit, die mir viele spannende Einblicke und Erfahrungen ermöglicht hat. Sowohl das Programm als auch die Zeit in Berlin gingen viel zu schnell vorbei, sagte Veronika abschließend über ihren Aufenthalt in der Bundeshauptstadt.

Besonders erfreut zeigte sich Thönnnes, als er während der offiziellen Verabschiedung der Teilnehmer im Rahmen des Stipendiatenabends Liina Grünberg im Deutschen Bundestag traf. Sie war 2007 als Stipendiatin beim SPD-Politiker und arbeitet mittlerweile als Referatsleiterin im estnischen Landwirtschaftsministerium.

Junge Sozialdemokratin absolviert Praktikum bei SPD-MdB Thönnnes

Im Rahmen des Programmes „Blick hinter die Kulissen der Politik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung absolvierte Christina Köhn im September ein Praktikum im Abgeordnetenbüro von Franz Thönnnes.

Die 22-jährige Neumünsteranerin, die in Kiel Skandinavistik, Politikwissenschaft und Geschichte studiert, arbeitete den gesamten September aktiv im Tagesgeschäft mit, besuchte Plenar-, Fraktions- und Arbeitsgruppensitzungen und begleitet Franz Thönnnes zu verschiedensten Terminen. Außerdem besucht sie das ARD- und ZDF Hauptstadtstudio sowie die Polit-Talkshow „Maybritt Illner“ und kam ebenso mit anderen SPD-Abgeordneten, Mitarbeitern des Bundestages und Journalisten ins Gespräch.



Christina Köhn im Paul-Löbe Haus

So gewann sie Einblicke in die internen Funktionsweisen, Zusammenhänge und Verfahrensabläufe des Parlaments und erfuhr zusätzlich viel Wissenswertes über die Zusammenarbeit zwischen Politik und Journalismus. Christina Köhn: „Es macht unglaublich viel Spaß den Politikalltag einmal hautnah mitzuerleben. Besonders die Themenschwerpunkte Skandinavien und Osteuropa ergänzen sich hervorragend mit meinem Studium. Außerdem ermöglicht mir das Programm einen optimalen Einblick in meinen Traumberuf.“

Und Thönnnes ergänzt: „Sehr gerne biete ich jungen Menschen die Möglichkeit an einen Blick hinter die Kulissen des Politikalltages zu werfen. Und Christinas Studienschwerpunkte passten hervorragend zu meinem Betätigungsfeld.“

20 Jahre Ostseeparlamentarierkonferenz Jubiläum in Helsinki

Auf Einladung des finnischen Parlaments kamen Ende August 2011 rund 200 Vertreter aus den nationalen und regionalen Parlamenten der Ostseeanrainerstaaten sowie Experten zur 20. Ostseeparlamentarierkonferenz in Helsinki zusammen.

In der finnischen Hauptstadt, wo die Parlamentarierkonferenz 1991 zum ersten Mal stattfand, wurde auf der Jubiläumsveranstaltung mit Stolz auf das bisher Erreichte geblickt. „Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 ging es darum, die Ostsee zu einem Meer der guten Nachbarschaft zu entwickeln, die Kooperation mit den zuvor kommunistischen Anrainerstaaten auf den Weg zu bringen und in diesen Nationen die Demokratie zu festigen, und das alles unter Einbeziehung Russlands,“ erklärt der deutsche SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes als Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages. Zu den Erfolgen der Arbeit der Konferenz gehört beispielhaft im Bereich der Ökologie das von der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) beschlossene Verbot, wonach Passagierschiffe keine ungeklärten Abwässer mehr in die Ostsee einleiten dürfen. Für Schiffsneubauten tritt es 2013 in Kraft und gilt von

2018 an für alle Passagierschiffe. Jetzt gilt es dementsprechend geeignete Entsorgungsanlagen rund um die Ostsee in den Häfen zu installieren. Eine zweite positive Entwicklung ist das Konzept Clean Baltic Shipping mit dem Ziel „Null Emissionen in der Seefahrt“. Es ist ein Erfolg, dass nun zwölf große Häfen im Rahmen eines EU-Projekts an der Reduzierung des Schadstoffausstoßes arbeiten wollen. Mit dabei ist die Landeshauptstadt Kiel und Lübeck hat eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung der Landstromversorgung von Schiffen, womit vermieden werden soll, dass Dieselmotoren im Hafen weiterlaufen müssen. Präsentiert wurden ebenso die Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat bis zum Juli des nächsten Jahres.

Für die Zukunft steht besonders der Kampf gegen den besorgniserregenden ökologischen Zustand der Ostsee, den Risiken des wachsenden Schiffsverkehrs sowie die Verbesserung des Fischmanagements auf dem Programm. Außerdem setzten sich die Abgeordneten für eine noch engere Zusammenarbeit ein, um die maritime Sicherheit zu gewährleisten sowie die Kriminalität, speziell den Menschen- und Drogenhandel, zu bekämpfen. Unter dem Motto „Grünes Wachstum“ wurde in der Abschlussresolution ein Konzept für eine nachhaltige Entwicklung gefordert, dass auf Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien beruht. Ebenso wurde gefordert, die Schadstoffeinträge durch Flüsse, die in die Ostsee münden, deutlich zu verringern. Dass der Ostseerat die Fortführung des in Schleswig-Holstein entwickelten Baltic Sea Labour Network als ein ständiges Forum für den sozialen Dialog in der Ostseeregion unterstützt, konnten die Delegierten ebenfalls als Erfolg verbuchen. Für den Vorsitzenden des DGB-Nord Uwe Polkaehn und den SPD-Politiker Franz Thönnnes geht es hier als Mitglieder des Steuerungsausschusses dieses EU-Ostseestrategie-Flaggschiffprojektes darum, die Berufstätigkeit von Grenzpendlern in grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten sozial abzusichern, faire Arbeitsbedingungen zu organisieren und den Dialog zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierungen zu fördern.

In der abschließenden Podiumsdiskussion forderte Franz Thönnnes für die zukünftige Arbeit eine starke Einbeziehung junger Menschen durch eine Ostsee-Jugendkonferenz sowie Schwerpunktsetzungen in den Themenfeldern Kultur und Minderheiten.

Die 21. Ostseeparlamentarierkonferenz findet 2012 in St. Petersburg in Russland statt.



Torfinn Opheim (Norwegische Arbeiterpartei) und Franz Thönnnes (SPD) leiten die BSPC zum Thema "Grünes Wachstum".

Hartenholm - Bad Segeberg - Norderstedt - Bad Oldesloe - Kiel - Barsbüttel - Trappenkamp - Helsinki - Oslo - Berlin - Bad Oldesloe - Norderstedt - Kiel - Bargteheide - Plön - Neumünster - Kaltenkirchen

Zwar begann die erste Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause erst am 5. September, aber die Urlaubszeit endete für den SPD-Bundstagsabgeordneten Franz Thönnnes bereits früher. Am 16. August war er in Hartenholm, um zusammen mit dem SPD-Ortsverein und Vertretern des SPD-Kreisvorstandes über „Sozialdemokratische Antworten für die Herausforderungen der Politik im ländlichen Raum“ zu diskutieren.

Ortsbesichtigung an der Heinrich-Rantzau-Grundschule



Franz Thönnnes, Kirsten Tödt und Walter Hyka an der B432

Nur einen Tag später nahm Franz Thönnnes dann in Bad Segeberg an einer Ortsbesichtigung bei der Heinrich Rantzau-Grundschule teil. Hier kommt es morgens kurz vor Unterrichtsbeginn immer wieder zu einer unübersichtlichen Verkehrssituation durch den Schulbusverkehr, zahlreiche Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen, das Halteverbot in der Schillerstraße und die angrenzende, stark befahrene Bundesstraße 432. Dies führt zu einer potentiellen Gefährdung aller Verkehrsteilnehmer.

Gemeinsam mit Kirsten Tödt, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Stadtparlament und dem SPD-Stadtvertreter Walter Hyka machte sich der Bundespolitiker ein eigenes Bild von der Lage. Dabei wurden im Gespräch

mehrere Optionen diskutiert. Von einfachen Hinweisschildern auf die Schule und den Radverkehr, über Geschwindigkeitsbegrenzungen und -kontrollen bis hin zu baulichen Veränderungen von angrenzenden Grünstreifen und Parkplätzen könnten mögliche Lösungswege aussehen.

„Wir müssen die Meinungen und vorherrschenden Ängste ernst nehmen, können aber auch keine unbegründeten Versprechungen machen. Ziel muss es sein, alle Beteiligten noch mal an einen Tisch zu bekommen, um das Machbare und das Notwendige zur Verbesserung der Situation zu besprechen. Wir brauchen hier eine gemeinsame Lösung“, so Thönnnes abschließend. Abends nahm der SPD-Politiker dann an der Nominierungsveranstaltung für den Landtagswahlkreis 28 in Kisdorf teil und gratulierte Katrin Fedrowitz zu ihrem guten Ergebnis. Zuvor kam man mit SPD-Politikern aus den schleswig-holsteinischen Nachbarkreisen zu Hamburg zusammen und diskutierte die Vorbereitung von speziellen Aktivitäten zur Landtagswahl 2012.

Einweihung Lernwerkstatt Kita Ehmkenberg

Am 20. August hielt Franz Thönnnes ein Grußwort zur Einweihung der Lernwerkstatt des Kindergartens Ehmkenberg in Bad Oldesloe. Darin machte er deutlich, dass für die SPD Kindertagesstätten nicht nur eine Betreuungs- sondern ebenso Bildungseinrichtungen sind. Frühkindliche Bildung und Erziehung in den Kitas erfüllt aber nicht nur den Anspruch, die Kinder auf die Schule vorzubereiten. Sie legt wichtige Grundsteine in der Ausformung einer Persönlichkeit, die sich in unserer Gesellschaft mit allen Herausforderungen und Hindernissen zurecht finden muss. Dies kann mit der



Thönnnes bei der Einweihung der Lernwerkstatt in der Kita Ehmkenberg

neuen Lernwerkstatt in vorbildlicher Weise erfüllt werden.

Zu politischen Gesprächen in Kopenhagen

Am folgenden Montag ging es dann nach Kopenhagen. Thönnnes traf sich hier nach einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter mit Vertretern von Femern A/S und CELF (Center für berufsorientierte Ausbildungen Lolland/Falsterum) mit ihnen über die Umsetzung seines Ausbildungsprojektes FBQ im Rahmen des Baus der Fehmarnbeltquerung (Siehe TiB III/2010 – Seite 6) zu reden. Vor Ort traf der SPD-Bundestagsabgeordnete auch mit dem außenpolitischen Sprecher der dänischen Sozialdemokraten im Folketing, Mogens Lykketoft, zusammen. Zum Abschluss seines Kurztrips tauschte sich Thönnnes dann noch mit Jan Diedrichsen, dem Leiter des Generalsekretariats des Bundes deutscher Nordschleswiger, zur aktuellen Situation der deutschen Minderheit in Dänemark aus.

Am folgenden Mittwoch arbeitete Thönnnes dann gemeinsam mit des Europaforums der SPD Schleswig-Holstein in Kiel an einem Papier zu sozialdemokratischen Positionen für eine neue Ostseepolitik in Schleswig-Holstein.

Sitzung der Foren für Menschen mit Behinderung und Seniorenpolitik

Zurück im Wahlkreis nahm der Stormarner Bundestagsabgeordnete am 25. August an der Sitzung der Foren für Menschen mit Behinderung und Seniorenpolitik der SPD Stormarn im Bürgerhaus in Barsbüttel teil. „Gerade die Politik für Menschen mit Behinderungen war mir schon immer ein großes persönliches Anliegen. Ich freue mich sehr, dass sich diese Foren gegründet haben“ so Franz Thönnnes.

Am darauffolgenden Freitag fand in Trappenkamp die Benefizveranstaltung „Künstler für Kinder“ des Trappenkammer Sozialfonds statt. Hier wurden in einem musikalischen Rahmen durch die Versteigerung von Bildern Mittel zur Unterstützung von Hilfsbedürftigen gewonnen.



*v.l.n.r. Heinrich Dippel, Marion Janssen und Franz Thönnnes
am Rande der Forumssitzung*



*Die drei Vorsitzenden der Parlamentariergruppen
im Kreis der Botschafter und Gesandten*

Nach der Ostseeparlamentarierkonferenz, die am Wochenende in Helsinki begann und dem Rest der Berliner Sitzungswoche, nahm Thönnnes am 3. September 2011 in Oslo an der Beiratssitzung des Stipendienfonds von E.ON Ruhrgas zur Förderung des studentischen Austausches zwischen Deutschland und Norwegen teil. Danach führte ihn sein Weg dann direkt zurück nach Berlin in die Sitzungswoche, mit den ersten Beratungen zum Bundeshaushalt 2012. Hier trafen sich auch die Vorsitzenden der Deutsch-Baltischen, der Deutsch-Russischen und der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe, Christel Happach-Kasan, Bernd Kaster sowie Franz Thönnnes am 6. September 2011 zum Thema "Deutsche Ostseeratspräsidentschaft" mit den Botschaftern und Gesandten der Ostseeanrainerstaaten zusammen.

Die Woche endete in der Bundeshauptstadt nach einer Diskussion mit einer Besuchergruppe aus dem Wahlkreis. Anschließend ging es nach Bad Oldesloe zur Aufstellung von Susanne Danhier als SPD-Kandidatin für den Wahlkreis 29 (Stormarn-Nord) zur Landtagswahl 2012. Thönnnes gratulierte der Leiterin einer kirchlichen



Die Mitglieder der Landesgruppe mit Dr. Inge Schröder (wissenschaftliche Geschäftsführerin des Wissenschaftszentrums), Werner Kessens (Geschäftsführer Wissenschaftszentrum), Lars Juister (Aufsichtsratsvorsitzender), Prof. Dr. Birgit Friedl (Vizepräsidentin der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel) und Torsten Albig

Erziehungsberatungsstelle, die jetzt mit einem starken Ergebnis im Rücken in den Wahlkampf gehen kann.

Am Sonntag, dem 11. September ging es zum Frühstück der Schützengemeinschaft Norderstedt mit anschließender Königsproklamation.

Am folgenden Montag fand die Klausursitzung der schleswig-holsteinischen Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten in Kiel statt. Neben der Arbeitsplanung für das zweite Halbjahr stand mit dem Oberbürgermeister von Kiel und Spitzenkandidaten der SPD, Torsten Albig, auch ein Besuch des Wissenschaftszentrums Kiel und der Austausch mit dem SPD-Fraktionsvorstand im Kieler Landtag auf dem Programm.

11. Stormarner Kindertage - Veranstaltung: Was Kinder brauchen

Abends diskutierte der SPD-Politiker zusammen mit Ingo Loeding, dem Geschäftsführer des Kinderschutzbundes Stormarn e.V. über das Thema „Was Kinder brauchen - Das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard - Gegen Kinderarmut“ in Bargteheide. Diese Veranstaltung wurde im Rahmen der 11. Stormarner Kindertage vom SPD Kreisverband Stormarn und dem SPD Ortsverein organisiert. Dienstags führte ihn sein Weg dann zum Schloss Plön, wo er an der Jubiläumsveranstaltung anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Ostsee-Kulturinitiative Ars Baltica teilnahm. Der Festakt war gleichzeitig der Auftakt der deutschen Präsidenschaft im Ostseerat.

Da der Wahlkreis Plön-Neumünster in dieser Legislaturperiode nicht mit einem SPD-Bundestagsabgeordneten in Berlin vertreten ist, betreut Franz Thönnnes die Stadt Neumünster mit. In diesem Zusammenhang besuchte er am 14. September gemeinsam mit dem ehemaligen SPD-MdB Uwe Göllner das Sanitätshaus Kowsky in Neumünster und informierte sich über deren breit aufgestelltes Programm. „Die Gesundheitsindustrie ist keine Wirtschaftsbranche wie jede andere. Es ist unerlässlich eine persönliche und fachkompetente Betreuung der Patienten zu gewährleisten, um das nötige Vertrauensverhältnis zwischen Dienstleister und Kunde herzustellen. Die Herausforderungen des demographischen Wandels können nur mit gut aufgestellten und funktionierenden Gesundheitsbetriebe gemeistert werden“, so Thönnnes nach seinem Besuch.



v.l.n.r. Ingo Loeding, Susanne Danbier und Franz Thönnnes bei der Veranstaltung "Was Kinder brauchen" in Bargteheide

Der demographische Wandel war dann auch Thema auf der öffentlichen Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Kaltenkirchen am selben Abend. Hier hielt der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ein Referat zum Thema "Sicherheit im Alter - Einkommen, Gesundheit, Pflege, Teilhabe" und stand im Anschluss für Fragen zur Verfügung.

Thönnnes: Beteiligungsrechte für Kinder stärken! Weltkindertag am 20. September unter dem Motto „Kinder haben was zu sagen!“

Der diesjährige Weltkindertag am 20. September 2011 fand unter dem Motto ‚Kinder haben was zu sagen‘ statt. Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes ist überzeugt, dass Kindern und Jugendlichen noch zu wenige Möglichkeiten der Mitbestimmung eingeräumt werden: „Das Beteiligungsgebot von Kindern und Jugendlichen ist ein fester Bestandteil unserer Gemeindeordnung in Schleswig-Holstein. Praktisch wird leider noch viel zu selten davon Gebrauch gemacht.“

Aber auch darüber hinaus gibt es weitreichende Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche bei Entscheidungsprozessen im Alltag einzubinden. „Es gibt beispielsweise vorbildliche Partizipationsmodelle bei Entscheidungsfindungen in der Kita oder Schule. Wenn Kinder in ihrem Umfeld beteiligt werden, lernen sie frühzeitig wichtige Prinzipien der Demokratie kennen“, so Thönnnes weiter.



Bildquelle: Ines Friedrich / pixelio.de

Darüber hinaus begrüßt der SPD-Politiker das Engagement des Kinderschutzbundes im Kreis Stormarn, der inzwischen die 11. Stormarner Kindertage auf die Beine stellt, die zurzeit im Zusammenhang mit dem Weltkindertag stattfinden. Ebenso zeichnet sich der Kreisjugendring Stormarn in herausragender Weise durch viele Beteiligungsprojekte aus, die es weiter zu fördern und auszubauen gilt.

Auch das Engagement der ehrenamtlich und kommunalpolitisch Aktiven in Henstedt-Ulzburg ist zu würdigen, die in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen haben, um als anerkannte kinder- und familienfreundliche Gemeinde zahlreiche Betreuungs- und Freizeitangebote sowie eine gute Infrastruktur vor Ort bereitstellen. Dazu gehört auch die Einrichtung eines Mehrgenerationenhauses, wie es zurzeit schon in Kaltenkirchen besteht und sich dort bestens bewährt hat.

Terminankündigung

Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zum Thema „Haushalt/Finanzen“
mit Joachim Poß, stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion,
am 02. November 2011 - Ort wird noch bekanntgegeben

Bürgerbüro

Oldesloer Straße 20
23795 Bad Segeberg
Tel.: 04551-968383
Fax.: 04551-967338
E-Mail: buergerbuero@thoennes.de

Berliner Büro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-71128
Fax.: 030-227-76828
E-Mail: franz.thoennes@bundestag.de

Impressum

Herausgeber: Franz Thönnnes
Redaktion: Franz Thönnnes,
Flemming Krause
Redaktionsadresse: Berliner Büro,
Platz der Republik 1,
11011 Berlin

Mehr Informationen unter: www.thoennes.de